

BStU



Archiv der Zentralstelle

MfS - Bdl | Dok.

Nr. 004650

1. Ex.

101993

MINISTERRAT
DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK
MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT
Der Minister

185/74
Berlin, den 22. Oktober 1974

Tgb.-Nr. VMA/

BSU

000001

Vertrauliche Verschlussache

MfS 008 Nr.: 185/74

29 .Ausf. Blatt

Bezirksverwaltung/Verwaltung
für Staatssicherheit
Leiter

Als Anlage übersende ich Ihnen eine Liste über Personen, die im Zusammenhang mit entsprechenden Anträgen, Eingaben oder Vorsprachen androhten, mit allen Mitteln eine Übersiedlung nach nichtsozialistischen Staaten oder Westberlin erzwingen zu wollen.

Zu jeder angeführten Person sind Einschätzungen zu erarbeiten. Sie haben zu beinhalten:

einen Auskunftsbericht über die Person, einschließlich der beteiligten Personen, sowie die operativ zu beachtenden Konsequenzen und veranlaßten politisch-operativen Maßnahmen der Sicherung bzw. Bearbeitung,

Ihre persönliche Stellungnahme - mit Begründung -, ob einer Übersiedlung und Entlassung aus der Staatsbürgerschaft zugestimmt werden sollte, einschließlich des Zeitpunktes ihrer Realisierung, oder aus welchen Gründen keine Zustimmung gegeben werden kann.

Diese Einschätzungen sind auch zu solchen Personen aus Ihrem Verantwortungsbereich zu erarbeiten, die seit dem 24. August 1974 (Zeitpunkt des Abschlusses beiliegender Liste), aber auch vor diesem Zeitpunkt versuchten, eine Übersiedlung zu erzwingen, und nicht in der als Anlage beigelegten Liste genannt sind.

Die zu erarbeitenden Einschätzungen sind - soweit das nicht bereits auf der Grundlage meines Schreibens vom 6. September 1974 "Verstärkung der politisch-operativen Arbeit aller operativen Linien und Dienstseinheiten zur rechtzeitigen Aufklärung

und Verhinderung des staatsfeindlichen Menschenhandels und des ungesetzlichen Verlassens der DDR" erfolgte -- als Einzelmateriale bis zum 22. 11. 1974 an den Leiter der Hauptabteilung VII zu übersenden.

Werden künftig Personen bekannt, die eine Übersiedlung zu erzwingen versuchen, ist entsprechend den in meinem Schreiben vom 6. September 1974, insbesondere im Abschnitt 7., getroffenen Festlegungen zu verfahren.

Auf der Grundlage der den Kreisdienststellen von den Abteilungen Innere Angelegenheiten bzw. der Volkspolizei übergebenen Informationen ist zu gewährleisten, daß alle Antragstellungen auf Übersiedlung durch politisch-operativ bedeutsame Personen, insbesondere durch

Angehörige der wissenschaftlich-technischen und medizinischen Intelligenz,

Kunst- und Kulturschaffende,

Kirchliche Amts- und Würdenträger,

Geheimnisträger,

ehemalige Angehörige der bewaffneten Organe der DDR,

Funktionäre gesellschaftlicher Organisationen und der Blockparteien,

Abgeordnete der Volksvertretungen,

unverzüglich dem Leiter der Hauptabteilung VII schriftlich gemeldet werden.

Diese Meldungen haben die vollständigen Personalien, Angaben zur beruflichen und gesellschaftlichen Tätigkeit, Hinweise zur Persönlichkeit und die Antragsgründe zu enthalten.

Dieses Schreiben ist meinem Schreiben vom 6. 9. 1974 beizufügen.

Anlage

Mück
Generaloberst